

Filz

# Wackelige Konstruktion

**Der Krach um die Hamburger Stahlwerke ist ein Lehrstück über Genossenkumpanei. Im Mittelpunkt: der SPD-Politiker Weiland.**

**D**a konnten die Volksvertreter von CDU und Grün-Alternativer Liste noch so sehr um Aufklärung barmen, Genosse Gerd Gustav antwortete nicht. Zur Parlamentsdebatte, bei der es um die Hamburger Stahlwerke (HSW) und deren bisherigen Geschäftsführer Gerd Gustav Weiland, 54, ging, war Weiland, nebenher SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, gar nicht erst erschienen.

Von den führenden Hamburger Sozialdemokraten wollte auch sonst niemand sagen, zu welchen Bedingungen ihr Parteifreund bei den immer wieder durch Bürgerschaften der Stadt gestützten maroden Hamburger Stahlwerken ausgeschieden ist.

Ungeklärt blieb, ob die HSW von einer Firma, die unter anderem auch Weiland gehört, finanziell „abgemolken“ wurde, wie die GAL-Abgeordnete Krista Sager argwöhnt. Offen ist auch, ob Weiland möglicherweise zwar als HSW-Geschäftsführer gegangen, als Angestellter jedoch geblieben ist, um sich so eine höhere Pension zu sichern.

„Zu quatschigen Gerüchten“, hatte Springers *Bild* den einflussreichen Sozialdemokraten und millionenschweren Rechtsanwalt (Spezialität: Konkurse) schon vor der Parlamentsitzung zitiert, „nehme ich keine Stellung. Wer die Fakten nicht kennt, kann Kritik üben, bis er schwarz wird.“

Und so blieb beim Genossenfilz am Mittwoch vergangener Woche in der Bürgerschaft wieder einmal alles so trübe und undurchsichtig wie der Winterhimmel über Hamburg.

Klar ist nur der Anfang. 1983 waren die

Hamburger Stahlwerke, damals Tochter der Korf Stahl AG in Baden-Baden, pleite gegangen. Es ging um insgesamt 1500 Arbeitsplätze, die der Senat retten wollte.

Weil europäische Richtlinien staatliche Direktsubventionen nicht zuließen, wurde ein Privatmann gesucht. Weiland, SPD-Abgeordneter seit 1970, einflussreicher Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft und als Vergleichsverwalter bereits mit den HSW befaßt, war der Auserkorene – sehr zu seinem Vorteil.

Als er 1984 die HSW zusammen mit dem bisherigen HSW-Geschäftsführer Wolf-Dietrich Grosse übernimmt, kann er sich auf einen Kredit von 20 Millionen Mark stützen. Kreditgeber ist die Hamburgische Landesbank, deren Verwaltungsrat der Hamburger Finanzsenator vorsitzt. Das Darlehen müssen

Weiland und Grosse wahrscheinlich weder verzinsen noch tilgen. Zinsen und Tilgung, heißt es in einer Vorlage der Wirtschaftsbehörde, sind erst fällig „aus Gewinnen von HSW – wenn solche ausgeschüttet werden“.

Trotz der desolaten Finanzlage des Unternehmens bekommen die HSW-Geschäftsführer Grosse und Weiland ein fürstliches Salär. Nach einem Geschäftsbericht von 1992 kassieren die insgesamt vier Geschäftsführer zusammen 2,4 Millionen Mark.

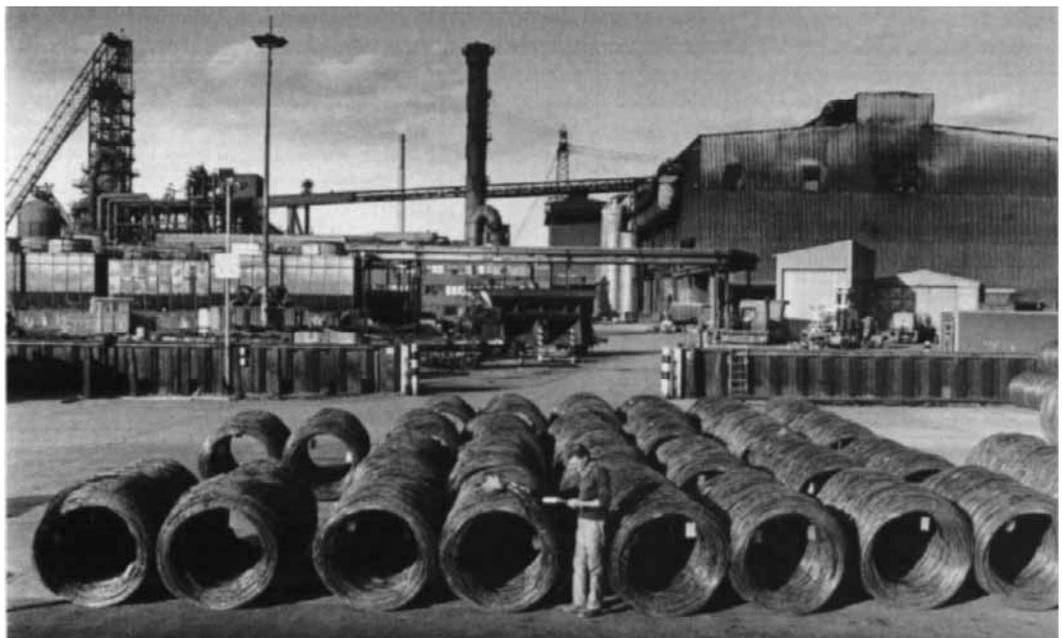
1987 kauften die HSW-Eigentümer Grosse und Weiland die Zweidrittelmehrheit einer Firma, die den Stahlwerken bessere Absatzmöglichkeiten sichern soll: die Westfälische Drahtindustrie (WDI) in Hamm. Den Kaufpreis finanzieren die beiden unter anderem mit dem Kredit einer HSW-Tochterfirma.

Zusätzlich verpflichten sich die HSW, Grosse und Weilands Neuerwerbung außer Rabatten jährlich auch 5,5 Millionen Mark an Provisionen zu gewähren. Flüssig sind die Stahlwerke durch staatliche Kreditspritzen.

Das WDI-Geschäft scheint sehr einträglich zu sein. Als die maroden HSW 1992 erneut einen Kredit der Landesbank beantragen, möchten sich die WDI-Gesellschafter nicht in die Bücher schauen lassen. „Die Herren Grosse und Dr. Wei-



**Sozialdemokrat Weiland\***: „Moralische Verpflichtung“



**Ehemaliges Weiland-Objekt Hamburger Stahlwerke:** „Neue, große Aufgabe im Spezialgebiet“

\* In der Hamburger Bürgerschaft, im März 1992.

land betrachten die WDI-Gruppe als ausschließlich zu ihrem Privatvermögen gehörend und lehnen schon aus diesem Grunde eine Heranziehung zur Besicherung der Kreditlinie der Landesbank ab“, heißt es in einem vertraulichen Papier der Wirtschaftsbehörde vom 21. Dezember 1992.

Im vergangenen Jahr, als die HSW wiederum Geld brauchen, bekommt die Wirtschaftsbehörde noch deutlicher zu spüren, daß sie die einst gerufenen Geister so leicht nicht wieder los wird. Zwar glauben jetzt selbst die beim Thema Filz sonst widerstandsfähigen Hamburger Sozialdemokraten nicht mehr, den Vorwürfen von Medien und Opposition gegen Parteifreund Weiland länger standhalten zu können: Der Anwalt scheidet zum Jahreswechsel 1993/94 als Geschäftsführer und Gesellschafter bei den Hamburger Stahlwerken aus und tritt wenig später auch vom Vorsitz des Haushaltsausschusses zurück.

Aber im Streit ums Geld muß der Wirtschaftssenator – zunächst Hans-Jürgen Krupp von der SPD, dann nach der Wahl im vergangenen September der von der Wählervereinigung Statt Partei nominierte Erhard Rittershaus – eine Niederlage nach der anderen einstecken.

Weiland-Kompagnon Grosse hat zunächst zugestimmt, seinen Anteil an der WDI als Sacheinlage in die HSW einzubringen. Doch auf Weilands Einspruch wird daraus nichts.

Lediglich eine WDI-Tochter, die Firma WDI-Baustahl, wollen die beiden Geschäftsleute nun hergeben, zu für die HSW kostspieligen Bedingungen. Grosse und Weiland haben die Baustahl 1992 auf Pump gekauft – die Finanzierungskosten, jährlich rund 800 000 Mark, müssen nun die angeschlagenen HSW aufbringen. Der Wirtschaftssenator weist diese Weiland-Forderung zunächst entschieden zurück.

Der von Weiland erzwungene Kompromiß könnte die gesamte Stahlpolitik des Senats ins Wanken bringen. Denn mehr denn je ist danach unklar, ob die wackeligen HSW-Konstruktionen vor den Bestimmungen der Europäischen Union zu Staatssubventionen bestehen können.

Weiland und der Fall HSW sind ein Paradebeispiel für Hamburger Filzokratie. Wer den unauffälligen Brillenträger, Typ mausgrauer Bürokrat, sieht, kommt so schnell nicht auf die Idee, daß er einen der einflußreichsten Männer der Stadt vor sich hat.



**Weiland-Notar Voscherau:** „Honorifique Tätigkeit“

Dabei ist der Anwalt seit Jahrzehnten eine der ersten Adressen, wenn es um schöne Geschäfte geht. Auch Bremer Sozialdemokraten nahmen die Dienste des Hamburger Politikers und Rechtsexperten immer wieder gern in Anspruch. Weiland beriet die Bremer Vulkan-Werft ebenso wie die Hibeg, eine Beteiligungsholding des Landes Bremen.

Als der Hamburger Senat 1977 eine Spielbanklizenz zu vergeben hatte, vertrat Anwalt Weiland die erfolgreiche Bewerbergruppe um den Verleger John Jahr. Daß er gleichzeitig Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft war, störte den Juristen nicht. Er habe an den Beratungen und Entscheidungen des Ausschusses zur Spielbank nicht teilgenommen, beschied er Kritiker knapp.

Zu Beginn der achtziger Jahre konnte Filzokrat Weiland seine Stellung noch verbessern, als er den damaligen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten und ehemaligen Justizsenator Frank Dahrendorf in seine Kanzlei holte.

Dort war Dahrendorf unter anderem für Verträge mit der DDR-Deponie Schönberg zuständig. Er vertrat juristisch die Firma Hanseatisches Baustoff-Kontor (HBK), die westdeutschen Müll an die Skandal-Kippe vermakelte.

Als Mitte der achtziger Jahre ein Parlamentsausschuß Schlampereien bei der Hamburger Stadtreinigung untersuchte, ging es unter anderem auch um Zustandekommen und Bedingungen eines über die HBK abgeschlossenen Zehnjahresvertrags für Mülltransporte nach Schönberg. Als parlamentarischer Kontrolleur dabei: Dahrendorfs Mentor und Partner Weiland.

Beim einträchtigen Schreiten seit an Seit machte auch der jetzige Bürgermeister Henning Voscherau jahrelang mit. Der Sozialdemokrat war seit Mitte der siebziger Jahre bis zu seinem Amtsantritt als Bürgermeister 1988 Weilands Notar.

„Dr. Weiland“, räumte Voscherau Anfang Januar gewunden ein, „hat die Beurkundungspflicht des Notars oftmals – häufig auch bei Kaufverträgen – in Anspruch genommen, auch im Hinblick auf Stahlfirmen.“ Etwa 1984, als Weiland für die SPD-regierte Stadt in die Hamburger Stahlwerke einstieg, Voscherau war damals SPD-Fraktionsvorsitzender.

„Mit Filz“, so der Bürgermeister, habe „das Ganze“ dennoch „nichts zu tun“. Er schäme sich seiner „honorifique Tätigkeit“ als Notar nicht.

Ähnlich positiv sieht auch Weiland sein Wirken: Grundlage für seinen Einsatz bei den Hamburger Stahlwerken sei allein die „moralische Verpflichtung“ gewesen, Arbeitsplätze zu retten, sagt er.

Und weil Wohltäter in dieser schwierigen Zeit bekanntlich überall gebraucht werden, ist Genosse Gerd Gustav schon wieder im Einsatz. Er habe, begründete er sein Fehlen bei der Bürgerschaftsdebatte in der vergangenen Woche, „eine neue, große Aufgabe in meinem Spezialgebiet, der Sicherung von Arbeitsplätzen, übernommen“. □

*Behinderte*

## Schrei nach Liebe

**Eine Rollstuhlfahrerin aus Halle erfand einen Skinhead-Überfall – wahrscheinlich aus seelischer Not.**

**A**ls Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) auf seinem Neujahrsempfang den „schrecklichen Fall aus Halle“ ansprach, herrschte unter den Gästen plötzlich betretenes Schweigen.

Ein 17 Jahre altes behindertes Mädchen sei, so Bergner, in seiner Heimatstadt Halle einem grausamen Überfall von Skinheads zum Opfer gefallen. Am helllichten Tag hätten die Rechtsradikalen ihr in der Südstadt ein Hakenkreuz in die Wange geritzt.

Das Bild von der Wunde ging um die Welt als ein besonders infames Beispiel rechten Terrors in Deutschland. Politiker entrüsteten sich, über 10 000 Menschen demonstrierten am Donnerstag